

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	44. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	21. November 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

29.

Punkt 28 der Tagesordnung: Co-Finanzierung des Lernorts Zivilcourage in Kislau durch Gebietskörperschaften

Antrag: SPD

Vorlage: 2017/0655

Beschluss:

Verwiesen in den Kulturausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Erster Bürgermeister Jäger setzt um 19:24 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 28 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

(Oberbürgermeister Dr. Mentrup hat sich für befangen erklärt und nimmt nicht an der Beratung teil.)

Stadtrat Marvi (SPD): Wir haben den Antrag zur finanziellen Co-Förderung des Lernortes Kislau, mit dem dahinterstehenden gemeinnützigen Verein Lernort Zivilcourage und Widerstand, durch städtische Mittel sehr gerne eingebracht, weil wir von der Konzeption des Projektes überzeugt sind. Der Lernort leistet wichtige Arbeit zur Unterstützung der Demokratieerziehung und für eine nachhaltige Erinnerungskultur gegenüber den Verbrechen des NS-Regimes, die sich unter anderem in der Nähe Karlsruhes im ehemaligen Konzentrationslager Kislau ereignet haben, beispielsweise dem Verbrechen, dem die große Karlsruher Persönlichkeit Ludwig Marum zum Opfer gefallen ist.

Der Lernort bietet eine gute Gelegenheit, gerade jungen Menschen das Wissen um das dunkelste Kapitel Deutscher und Karlsruher Geschichte nahezubringen, und zum Nachdenken anzuregen, wie in der heutigen Zeit jeglichen Anfängen von Demokratie und Fremdenfeindlichkeit begegnet werden kann. Es geht uns um eine bessere Ausstattung des Lernortes, um die Aktivitäten und die Programme des Projektes auszubauen. Wir melden mit unserem Antrag für die kommende Haushaltsberatung Bedarf an, um den Lernort zu ergänzen, zur Finanzierung des Landes, die in eine institutionelle Förderung überführt werden kann, wenn es im Landesetat am 20. September so abgeseget wird.

Wir wollen einen Zuschuss aus städtischen Mitteln zukommen zu lassen, selbstverständlich erst durch Beschluss im kommenden Doppelhaushalt. Wir begrüßen die Empfehlung der Verwaltung, das Thema im Kulturausschuss zu vertiefen. Uns wäre es aber sehr wichtig, dass Sie, wie Sie es in der Stellungnahme schon andeuten, mit den regionalen Kommunen Kontakt aufnehmen, das Gespräch suchen, damit möglicherweise jetzt schon finanzielle Mittel aus den nordbadischen kommunalen Haushalten bewilligt werden können. Möglicherweise ergibt sich jetzt eine Chance, also früher als unser Doppelhaushaltsbeschluss, dass entsprechende Gelder mobilisiert werden können. Ich denke, von dem Projekt profitiert nicht nur Karlsruhe, sondern die ganze Region, wenn man das entsprechend unterstützen würde.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Meine Fraktion begrüßt grundsätzlich diese Initiative Lernort Zivilcourage und die dort geleistete Arbeit, das ist überhaupt gar keine Frage. Dieses Konzentrationslager Kieslau ist in gewisser Weise, so will ich es mal formulieren, ein Karlsruher Gedenkort, auch wenn es nicht auf Karlsruher Gemarkung liegt, es wurde von Karlsruhe aus von der Bauleitung eingerichtet und, der Name ist schon gefallen, Ludwig Marum wurde dort unter anderem, ermordet. Das steht alles außer Frage, gleichwohl sehen wir die Stadt Karlsruhe hier nicht primär in der Pflicht, was eine laufende Förderung angeht, darum geht es doch wohl den Antragstellern, wenn wir das richtig verstehen.

Wir sehen hier primär das Land und den Landkreis in der Pflicht, aber nicht die Stadt Karlsruhe. Worüber wir uns gerne verständigen können ist, dass wenn es innerhalb dieser Initiative oder dieses Projekts spezifische Karlsruher Themen gibt, dass wir dann einen Beitrag leisten, nur wollen wir als Stadt zurückhaltend sein, was eine laufende Förderung angeht. Etwas, das uns an dem Antrag auch vollständig fehlt, ist eine Gesamtbeschreibung dieser Initiative und dieses Projekts. Was sind die Gesamtkosten, was wird damit gemacht, wer bezahlt gegebenenfalls was, was fließt schon an Geld und wer sind die anderen Akteure? Das fehlt vollständig. Wir sind auch, ich muss es offen sagen, etwas erstaunt, dass der Antrag keinen Betrag nennt, aber die Verwaltung nennt einen und da wissen wir nicht, wie so etwas zustande kommt, da brauchen wir noch etwas Licht im Dunkeln, um das beurteilen zu können. Unser Grundsatz wäre, keine laufende Förderung, sondern wenn es Karlsruher Themen gibt, sind wir gerne dabei. Wir sind mit dem Vorschlag auf jeden Fall einverstanden, dass es im Kulturausschuss weiter erörtert wird, dann können vielleicht auch die Fragen, die ich jetzt nur angedeutet habe, beantwortet werden.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir begrüßen den Antrag der SPD-Fraktion und bedanken uns auch für die Stellungnahme der Stadtverwaltung. Wir sind mit dieser einverstanden. Wir teilen die Auffassung, wie sie in der Stellungnahme enthalten ist, dass es sich hier um einen Lernort handelt, der im gesamtstädtischen Interesse steht und insofern dieser Lernort ernsthaft geprüft werden muss, welche Art der Förderung wir dazu leisten können. Ich möchte erwähnen, dass dieser Lernort Kieslau des Vereins Lernort Zivilcourage und Widerstand e. V., so ist die offizielle Bezeichnung, dass dieser Verein bereits drei Jahre eine Projektförderung des Landes erhalten hat, und zwar von 2015 bis Ende 2018 mit jährlich zweihunderttausend Euro, um die Konzeption sowohl inhaltlich als auch um die Ausgestaltung der benötigten Räumlichkeiten und so weiter zu entwickeln. Diese konstitutionelle Entwicklung ist jetzt weitgehend abgeschlossen. Jetzt ist es

aber tatsächlich so, Herr Kollege Käuflein, weil Sie die Finanzierung angesprochen haben, dass morgen die endgültige Entscheidung im Landtag getroffen wird, dass dieses Projekt in eine institutionelle Förderung des Landes aufgenommen wird, und zwar speziell auch mit Mitteln, die die CDU-Fraktion aus ihren Fraktionsmitteln gewährt hat, die jetzt aber in den Finanzausschuss in die Förderung hineinkommen. Das heißt, das Land wird jetzt, so wie es aussieht, die institutionelle Förderung beginnen. Damit ist klargestellt, dass die Voraussetzungen geschaffen sind, um dort tatsächlich diese Gedenkstätte einzurichten, denn es gibt im badischen Landesteil bislang keine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Die großen Gedenkstätten sind alle im württembergischen Landesteil, sodass wir uns auch für den badischen Teil, für die Region Karlsruhe, nicht nur für den Landkreis, eine so wichtige Einrichtung wünschen, damit speziell Schulklassen und Menschen, die sich dafür interessieren, diese Gedenkstätte aufsuchen können.

Wie das Wort schon sagt, es gibt einen Lernort, das heißt, es ist nicht nur eine reine Gedenkstätte, sondern es ist eine Einrichtung, die genau das will, nämlich einen erheblichen Beitrag zur Demokratieförderung vor allem für junge Menschen zu leisten. Wenn Sie sagen, Herr Dr. Käuflein, wenn Karlsruher Themen berührt sind, wären Sie dabei, ich habe es ja schon angedeutet, es ist faktisch auch ein Lernort für die Stadt Karlsruhe. Man muss sich daran erinnern, dass gerade auch aus Karlsruhe aktive demokratische Menschen in dieses KZ, das gleich nach der Machtübernahme der Nazis eingerichtet wurde, in Haft genommen wurden. Im Übrigen war auch Adam Remmele, nach dem eine Schule in Karlsruhe benannt ist, dort bis 1934 inhaftiert.

Die Situation ist so, dass wir überlegen müssen, ob es nicht eine Konstruktion gibt, wie wir sie auch bei Gurs haben, wo die badischen Gebietskörperschaften gemeinsam eine ergänzende Finanzierung vornehmen. Ich möchte erwähnen, ich sage es jetzt auch für den ganzen Gemeinderat, dass diese Gedenkstätten, die auch Lernorte sind, wie zum Beispiel in Ulm oder Oberer Kuhberg, dass diese KZ-Gedenkstätten zwar institutionell vom Land gefördert werden, aber die Gebietskörperschaften ergänzende Beiträge für den Unterhalt finanzieren.

Das wäre so eine Konstruktion, wie sie man sich vorstellen oder sie ausgestalten könnte. Aber Herr Kollege Käuflein, gerade weil Sie gesagt haben, dass wir noch nicht die Details kennen, ist es gut, dass im Kulturausschuss am 6. Dezember nun das Konzept vorgestellt wird. Ich bitte darum, und hoffe Sie sind damit einverstanden, dass man den Verein einlädt und man dann im Kulturausschuss die Konzeption vorstellt. Wir haben das neulich mit der Kinemathek im Kulturausschuss gemacht, die hatte ebenfalls die Gelegenheit ihr neues Konzept vorzustellen. Ich glaube, um eine seriöse Debatte führen zu können wie wir damit umgehen, wäre es gut, wenn wir am 6. Dezember diesen Verein, der sein Konzept inzwischen schon sehr umfangreich ausgestaltet hat, einladen, damit er dieses auch vorstellen kann.

Also Fazit, für uns ist es eine ganz wichtige Entwicklung, und ich möchte mich auch bei dem Verein ganz herzlich bedanken. Im Grunde ist dieses ehemalige KZ Kieslau für unsere Stadt Karlsruhe schon von einem hohen Stellenwert gezeichnet. In allen Broschüren und Büchern und in der Stadterinnerung ist auch immer das KZ Kieslau benannt, aber wir hatten noch keinen Ort dafür. Deshalb glaube ich, dass wir das alle unterstüt-

zen und wir diesen Ort bekommen. Ich bedanke mich, wenn das aufgegriffen wird und der Verein sein Konzept im Kulturausschuss vorstellen kann.

Stadtrat Cramer (KULT): Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion, wir sind der Meinung, dass es nicht an der Tagesordnung oder an der Zeit ist, große Bedenken zu sein. Wir sind der Meinung, dass dieser Verein eine wichtige Arbeit macht, auch wenn die Gedenkstätte nicht direkt in Karlsruhe ist, so ist es doch so, dass gerade aus Karlsruhe viele Schulen und junge Menschen sich dort über die Anfangszeiten des Dritten Reiches und Karlsruher Politiker, die damals festgesetzt und drangsaliert wurden, informieren. Für uns ist es ganz wichtig, dass dieses Lernen und Gedenken beides dort gemacht wird. Ich und meine Fraktion glauben, dass es ein richtig gutes Konzept ist und das wollen wir unterstützen. Wir freuen uns, dass es am 6. Dezember auf der Tagesordnung des Kulturausschusses steht und hoffen, dass es dann auch relativ rasch weitergeht, gerade auch im Hinblick, was jetzt vom Land schon entschieden wird, und wir auf einem guten Weg sind. Wir werden das vorbehaltlos unterstützen.

Stadtrat Høyem (FDP): Viele von uns haben an diesem Sonntag an der Gedenkfeier des Volkstrauertages auf dem Karlsruher Hauptfriedhof teilgenommen. Es war für mich immer ein sehr berührendes Erlebnis am Volkstrauertag teilzunehmen, aber besonders jetzt, nachdem ich deutscher Staatsbürger bin. Selbstverständlich hat es viele persönliche Gründe, wenn man Staatsbürger in einem neuen Land werden möchte. Für mich war eine mitwirkende Ursache, gerade wie Deutschland, Baden-Württemberg und Karlsruhe mit der Vergangenheit umgeht. Wie man nicht nur die Vergangenheit verarbeitet, sondern auch in unsere Gegenwart und Zukunft einarbeitet. Nicht nur von Schuld belastet oder sogar um eine Art nostalgischer Volkstrauer darzustellen, die Vergangenheit wird nicht als ein abgeschlossenes Event betrachtet, sondern als eine Mahnung, die man zukunftsfähig und konstruktiv erleben kann, also als Lernort für Zivilcourage.

Ich bin in dem von Deutschland besetzten Dänemark geboren und habe als dänischer und deutscher Staatsbürger eine direkte und existenzielle Verbindung zu dieser Vergangenheit. Aber wir sind immer weniger Menschen mit dieser persönlichen Erinnerung. Gehen Sie mal in eine ganz normale Schulklasse, dann werden Sie konstatieren, dass Adolf Hitler für die jetzige Generation genauso zeitfern ist, wie Napoleon oder Ludwig II. oder XIV. Geschichte lernt man oft am Besten, wenn sie konkrete lokale und geographische Anknüpfung hat. Viele von uns erinnern sich in diesem Rathaus an existenzielle Reinhold-Frank-Reden. Wir sinnen seiner Zivilcourage einen Gedanken, wenn wir durch den Verkehrsknotenpunkt mit seinem Namen fahren oder im Stau stehen. Lernort Zivilcourage ist eine gute Initiative, nicht nur weil es Karlsruher Bürger im Konzentrationslager Kieslau ans Licht bringt. Lernort Zivilcourage ist eine gute Initiative, weil es diese Botschaft professionell, pädagogisch und didaktisch vermitteln will. Karlsruhe könnte ein gutes Beispiel für unsere Region und auch für Stuttgart sein, vielleicht mit einem Sperrvermerk bis sich auch unsere Stadt- und Landkreise geäußert haben. Wir freuen uns, das Thema im Kulturausschuss zu beraten, und ich freue mich deutscher Staatsbürger zu sein.

Erster Bürgermeister Jäger: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, der Tenor war unisono, dass wir das Thema im nächsten Kulturausschuss vertiefen sollten und diesen Auftrag nehmen wir dann so mit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
13. Dezember 2017